

23 maart 1959

U 2980/59 - C 46 - P1/PS9.

P. H. G. B. 1959
GEHEIM 51/3

Land: Oostblok-landen.

Onderwerp: Verschärfung der "sozialistischen" Politik innerhalb der Ostblockländer.

Referenties:

Datum van waarneming: Medio maart 1959.

Bron: Betrouwbaar, met goede contacten in Poolse politieke kringen.

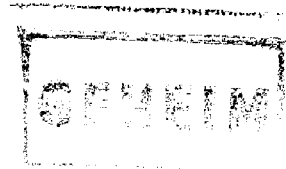
Opmerkingen:

Verzonden aan: de Minister van Buitenlandse Zaken.

Aan Zijne Excellentie Prof. Dr. L.J.M. BEEL
Minister-President

Plein 1813 no. 4

'S-GRAVENHAGE.

O S T B L O C KVERSCHÄRFUNG DER "SOZIALISTISCHEN" POLITIK INNERHALB
DER OSTBLOCKLÄNDER

Auf dem XXI Parteitag in Moskau sind u.a. die nachstehenden 2 Probleme behandelt worden:
Stärkung des Ostblocks durch die Verschärfung der "sozialistischen" Politik innerhalb der Ostblockländer. Die "Sozialisierungsmassnahmen" sollen das Geistes- als auch das Wirtschaftsleben der erwähnten Länder umfassen.

Ferner die Abstimmung der Ostblockländer in ihrer Aussenpolitik gegenüber den "kapitalistischen" Staaten. Der Abschluss eines Friedensabkommens der Ostblockstaaten mit der Ostzone soll vorbereitet und abgeschlossen werden, auch wenn der Zeitpunkt hierfür noch nicht endgültig festgesetzt worden ist.

CHRUSCHTSCHEW hat im Zusammenhang damit den Polen und Tschechen die Schliessung ihrer Militärmissionen in Westberlin abverlangt. Zur Zeit werden sowohl in der tschechoslowakischen als auch in der polnischen Militärmission in Westberlin Vorbereitungen getroffen um im geeigneten Augenblick ihre Schliessung kurzfristig abzuwickeln. Die Versuche Polens, anstatt der Schliessung ihrer Militärmission in Westberlin, die Mission unter einer anderen Bezeichnung weiter bestehen zu lassen, wurde von der Sowjets abgelehnt.

Als die Quelle nach den Absichten CHRUSCHTSCHEW's hinsichtlich eines Friedensvertrages mit Gesamtdeutsch-

land gefragt wurde, erklärte er: "Wir haben zur Zeit in unseren Ländern noch so viel zu tun, dass eine Wiedervereinigung Deutschlands uns noch mehr Probleme aufbürden würde als uns es im Augenblick angenehm ist. Warum sollte aber der sowjetische Ministerpräsident nicht versuchen, unseren Staaten dasselbe politische Ansehen zu verschaffen, wie wir schon während Regierungszeit STALIN's in der ganzen Welt schon genossen haben. Denn nur eine Aussprache zwischen CHRUSCHTSCHEW und EISENHOWER könnte einen dauerhaften Frieden bringen".

Auf spezifisch deutsch (westdeutsch)-polnischen Beziehungen übergehend erklärte die Quelle, dass es nun allmählich an der Zeit sei ADENAUER über das heutige Polen aufzuklären. Wir werden uns in der kommenden Zeit nicht nehmen lassen diese Aufklärung auf unsere Weise zu erreichen. Wir wollen uns für eine erweiterte Kontaktaufnahme mit den deutschen Kaufleuten und auch Politikern einsetzen, ihnen auch das richtige Polen zeigen. Wir wollen auch mit den Kaufleuten die Möglichkeiten (wirtschaftlicher Natur) erörtern, die sich aus einer deutsch-polnischen politischen Annäherung ergeben können.

Die Quelle gab zum Verstehen, dass noch in diesem Jahr Umbesetzungen der wichtigsten Posten - auch der des Aussenministers - im polnischen Aussenministerium erfolgen werden. Allerdings erst nach der Klärung der Berliner Frage. Zur Zeit gibt es einen anderen recht aufschlussreichen Hinweis, dass Moskau bedacht ist die gegenwärtige Politik des polnischen Aussenministers zu beeinträchtigen und ihn mehr von der westlichen Welt abzuschneiden. Die Zeitschrift "Swiat i Polska", die dem

RAPACKI sehr nahe steht, soll auf Betreiben der Sowjets aus "finanziellen" Gründen ihr Erscheinen einstellen. Im Augenblick versucht RAPACKI bei GOMULKA diese Entscheidung des Z.K. rückgängig zu machen. Durch zahlreiche Redakteure von Swiat i Polska, die bei den westlichen Sozialisten stets Eingang hatten, war es dem polnischen Minister RAPACKI oft möglich gewesen mit den westlichen Politikern inoffizielle Kontakte zu besitzen.

Datum: maart 1959.